

**Beschluss** Zweigeschlechtlichkeit überwinden, Menschenrechtsverletzungen beenden: Gleichberechtigte Teilhabe für trans\*, inter\* und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

## Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans\*, inter\*  
2 und  
3 nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten  
4 Option  
5 ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre  
6 Menschenrechte  
7 noch immer verletzt werden.
- 8 Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die  
9 Anerkennung  
10 der Elternschaft von trans\* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung  
11 und  
12 Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -  
13 anpassenden  
14 Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der  
15 Weg in ein  
16 Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann  
17 oder Frau  
18 sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden  
19 kann. Es  
20 bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!
- 21 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**
- 22 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer  
23 zu  
24 lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht

nur inter\*

16 Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht

- 17 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
- 18 • Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/  
19 PÄ), die als  
kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
- 20 • Die sozialrechtliche Absicherung trans\*-spezifischer Gesundheitsversorgung
- 21 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen  
22 "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt
- 23 • Zertifizierte Beratungsstellen
- 24 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in  
25 Gesetzestexten  
& Dokumenten
- 26 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -  
27 anpassenden  
Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern
- 28 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans\* Personen in Deutschland
- 29 • Eine angemessene Entschädigung für trans\* und inter\* Personen, deren  
30 Menschenrechte  
verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
- 31 • Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen
- 32 • Ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans\*, inter\* und  
33 nicht-  
34 binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den  
respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg\*innen & Angestellten
- 35 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- 36 • Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung  
37 spezifischer  
trans\*, inter\* und nicht-binärer Beratung
- 38 • Die Stärkung von trans\*, inter\* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft  
und  
39 Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

#### 40 **Das machen wir als Grüne Partei:**

41  
42 Auch für uns als Partei ist klar, dass trans\*, inter\* und nicht-binäre Personen mehr  
43 Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf  
44 Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil Grüner  
Programmatik.

45 Wir GRÜNE wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine

gleichberechtigte

46 Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu wollen  
wir

47 alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.

48

49 Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis  
50 Trans\*Inter\*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für  
51 geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist, unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem  
52 Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die Berücksichtigung  
von

53 trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen zu stärken.

54

55 In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN

56 überarbeitet werden, so dass trans\*, inter\* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt  
werden

57 und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei auf  
den

58 Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen.

59 Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle  
Menschen

60 berücksichtigen.

61

62 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das  
Geschlechterspektrum

63 (cis\* Frauen, cis\* Männer, trans\* Frauen, trans\* Männer, intergeschlechtliche Menschen,

64 nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als  
Grundlage

65 ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch,  
66 wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung  
ab. Die

67 Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK

68 Trans\*Inter\*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht, ein

69 positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln.  
Weiter

70 fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch  
auf Landes-

71 und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen  
auf der

72 Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.